

BESCHLUSSVORLAGE	Gremium:	42. Plenarsitzung Gemeinderat	
	STADT KARLSRUHE Der Oberbürgermeister	Termin: Vorlage Nr.: TOP:	18.12.2012 1290 16
		Verantwortlich:	öffentlich Dez. 5
Kindergesundheitsbericht 2012 und Maßnahmen zur Förderung der Kindergesundheit			

Beratungsfolge dieser Vorlage	am	TOP	ö	nö	Ergebnis
Ausschuss für Umwelt und Gesundheit	30.11.2012	1	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	vorberaten (einstimmige Empfehlung)
Gemeinderat	18.12.2012	16	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
			<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	

Antrag an den Gemeinderat / Ausschuss

Der Gemeinderat nimmt den Kindergesundheitsbericht zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die vorgeschlagenen Maßnahmen bis zur Entscheidungsreife weiterzuentwickeln.

Finanzielle Auswirkungen				nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)		
Kontierungsobjekt: Kostenstelle:		Kontenart:			
Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK Karlsruhe 2020 - relevant	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	Handlungsfeld:		
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am		
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	nein <input checked="" type="checkbox"/>	ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit		

Der Gemeinderat hat in der Sitzung am 19.04.2011 die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Kindergesundheitsberichtes (**Anlage**) beauftragt. Des Weiteren hat der Gemeinderat mit der Verabschiedung der Leitlinie "Gesund Aufwachsen" im Herbst 2010 beschlossen, der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen Priorität einzuräumen und zu deren Förderung weitere Maßnahmen zu prüfen.

Die Gesundheit von Kindern wird von zahlreichen Rahmenbedingungen beeinflusst, insbesondere von den Lebensbedingungen ihrer Familie. Untersuchungen zeigen, dass die gesundheitlichen Risikofaktoren für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien größer und ihre Zugänge zu gesundheitsförderlichen Angeboten schlechter sind.

Ein Vergleich der Daten des Gesundheitsamtes mit der bundesweiten Kinder- und Jugendgesundheitsstudie (KIGGS) bestätigt den Zusammenhang zwischen Gesundheit, sozialer Zugehörigkeit und Bildung.

Die kinderreichsten Stadtteile (bezogen auf die Bevölkerung im jeweiligen Stadtteil) sind die Nordstadt und Hohenwettersbach (je 26,4 %) gefolgt von Palmbach (19 %) und Oberreut (18,6 %)

Mit dem Bericht wird deutlich, dass Durlach die mit Abstand höchste Zahl von Haushalten mit Alleinerziehenden hat. Dies ist auch darin begründet, dass Durlach ohnehin der Stadtteil mit der höchsten Zahl an Haushalten ist. Vergleicht man die prozentualen Anteile innerhalb der einzelnen Stadtteile miteinander, zeigt sich dass in Oberreut 8,4 % aller Haushalte Alleinerziehende sind, gefolgt von der Nordstadt (7,2 %) und Rintheim (5,8 %).

Gleichzeitig sind in Oberreut 18,2 % der Haushalte SGB-II-Bezieher, davon wiederum 67,9 % Alleinerziehende. In der Nordstadt sind die Haushalte von Alleinerziehenden mit SGB-II-Bezug dagegen im statistisch unauffälligen Bereich.

Eine zentrale Lebenswelt sind die Kindertageseinrichtungen. Kinder und Jugendliche lernen hier Kulturtechniken kennen, machen Erfahrungen zur gesun-

den Ernährung, üben wichtige soziale Techniken ein und erfahren alltäglich eine unspezifische Stärkung der Lebenskompetenz - alles Faktoren der Stärkung von Resilienz der Heranwachsenden.

Eine Bestandsaufnahme zeigt in Karlsruhe eine relativ gute Versorgung mit Kindertageseinrichtungen, stellt aber auch Defizite fest für den Altersbereich von unter drei Jahren.

Ein gesundheitsförderliches Umfeld zum frühestmöglichen Zeitpunkt wirkt sich positiv auf die individuelle Entwicklung und Gesundheit im weiteren Lebensverlauf aus. Die Strukturen im Wohnumfeld und den Lebenswelten der Heranwachsenden sollten daher so gestaltet sein, dass sie gesunden Lebensstil ermöglichen, fördern und erleichtern.

Naturräume zum Toben, Spielen und zum Erleben der freien Natur existieren in großer Zahl. Besonders günstig stellt sich die Situation in den kinderreichen Außenstadtteilen und Stadtrandlagen dar. Defizite an leicht erreichbaren Naturräumen sind dagegen in zentralen, dicht bebauten Stadtquartieren wie Süd-, Südwest- oder Weststadt, Mühlburg und Oststadt zu verzeichnen. Programme wie "Schüler erleben Naturschutz" oder "Stadtgärtnern" (urban gardening) stellen eine Möglichkeit dar, Natur erlebbar zu machen.

Die Versorgung mit Spielflächen ist ein weiterer Indikator für Kindergesundheit. Hier weisen die Stadtteile Weststadt, Durlach, Südstadt sowie Mühlburg Defizite auf.

Weitere Einrichtungen und Örtlichkeiten für Kinder und Jugendliche werden zusammengefasst als "außerschulische Lernorte" oder "strukturelle Angebote" bezeichnet. Sie besitzen eine wichtige Funktion bei Förderung und Stärkung von Resilienz. In Karlsruhe ist die Versorgung mit diesen Lernorten gut. Defizite sind erkennbar bei der niederschweligen Erreichbarkeit dieser Einrichtungen und bei Angeboten, die eine Teilhabe aller Kinder und Jugendlichen ermöglichen. Bei Neuplanungen ist daher die räumliche Verzahnung mit kinderreichen Stadtteilen stärker in den Fokus zu rücken; im Bestand kann Chancengleichheit verbessert werden etwa durch konsequenten freien - oder bezuschussten -

Eintritt oder durch eine Ertüchtigung hinführender Radwege für Kinder oder Schulklassen.

Daten zu Luftschadstoffen, Lärm oder Klima zeigen die Belastungsschwerpunkte im Stadtgebiet auf. Die damit verbundenen gesundheitlichen Auswirkungen schlagen sich auch auf dort wohnende Kinder und Jugendliche nieder. Strukturdaten über Haushalte an verkehrsbelasteten Straßen liegen jedoch nicht vor.

Gesundheitliche Statistiken zeigen einen Wandel. Ehemals wichtige Indikatoren wie "Säuglings- und Kindersterblichkeit", "Zahngesundheit" zeigen eine positive Entwicklung. Dagegen haben "Adipositas", "Asthmaerkrankungen" und "psychosoziale Entwicklungsprobleme" eine steigende Tendenz. Auffällig angestiegen ist auch die Alkoholproblematik.

Daten über die Lebensbedingungen und den Gesundheitszustand der Karlsruher Kinder sind nicht in dem wünschenswerten Maße verfügbar: Insbesondere medizinische Daten unterliegen dem Datenschutz bzw. der ärztlichen Schweigepflicht und werden nicht oder nicht differenziert genug erhoben. So gibt es z. B. keine lokalen Statistiken über die Entwicklung von Allergien, Neurodermitiserkrankungen, Nahrungsmittelunverträglichkeiten oder Heuschnupfen bei Kindern und Jugendlichen.

Um negativen Entwicklungen entgegenzuwirken und Betroffene zu beraten und zu unterstützen, gibt es in Karlsruhe über 70 Angebote für unterschiedliche Zielgruppen und mit sehr differenzierten Ansätzen (siehe Kapitel 5).

Im Zuge des Programms "Gesund Aufwachsen" werden weitergehende bzw. ergänzende Maßnahmen als notwendig erachtet. Erste Maßnahmenvorschläge wurden von einer städtischen Arbeitsgruppe unter Beteiligung des Landratsamtes Karlsruhe - Gesundheitsamt - erarbeitet und gemeinsam mit den Arbeitsgruppen der **Kommunalen Gesundheitskonferenz** weiterentwickelt.

Die Maßnahmen orientieren sich dabei am "Settingansatz" mit dem Ziel, die Kinder und Jugendlichen dort zu fördern, wo sie sich altersbedingt überwie-

gend aufhalten. Die Förderung von Chancengleichheit und Umweltgerechtigkeit ist dabei eine wichtige Bedingung.

Die weitergehenden Maßnahmenvorschläge lauten:

1. Bestands- und Bedarfsanalyse: Gemeinsame Datenbank "Gesundheitsförderliche Aktivitäten für Kinder und Jugendliche in Stadt- und Landkreis Karlsruhe"
(Verantwortlich: Umwelt- und Arbeitsschutz)
2. Fortbildungen und Fachveranstaltungen für Kitas, Schulen, Jugendeinrichtungen und Ehrenamtliche zu "Prävention und gesundheitsförderliche Lebensbedingungen" (Verantwortlich: Umwelt- und Arbeitsschutz)
3. Gesundheitsverträglichkeitsprüfung: Berücksichtigung gesundheitlicher Auswirkungen bei Entscheidungen des Gemeinderats mit wesentlicher Bedeutung (Verantwortlich: Umwelt- und Arbeitsschutz)
4. Erarbeitung von Kriterien für gesundheitsförderliche Kindertageseinrichtungen (Verantwortlich: Umwelt- und Arbeitsschutz)
5. Gesunde Verpflegung an Kindertageseinrichtungen entsprechend der Vorgaben der Deutschen Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) (Verantwortlich: Umwelt- und Arbeitsschutz)
6. Ausdehnung von "Startpunkt"-Familienzentren auf alle noch nicht erreichten Stadtteile (Verantwortlich: Sozial- und Jugendbehörde)
7. Einzelprojekte für Schulen: "Laufender Bus/Walking Bus", Ausweitung der Elternhalte für weitere Schulen (Verantwortlich: Sozial- und Jugendbehörde)

Die Maßnahmenvorschläge sind derzeit nur grob skizziert und müssten, sofern sie weiter verfolgt werden sollen, noch detaillierter ausgearbeitet werden. Erst dann wird auch ersichtlich, mit welchen Kosten zu rechnen wäre und wer als Kostenträger in Betracht käme.

Im Rahmen von Fortschrittsberichten wird über die Entwicklung der umgesetzten Maßnahmen berichtet. Zu prüfen wäre, wie die Wirkung von Maßnahmen evaluiert werden könnte.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

1. Der Gemeinderat nimmt den Kindergesundheitsbericht 2012 zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat empfiehlt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit der Verwaltung, die vorgeschlagenen Maßnahmen bis zur Entscheidungsreife weiterzuentwickeln.

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
7. Dezember 2012